

Landkreis Wesermarsch, Poggenburger Str. 15, 26919 Brake

An die Mitglieder des Gremiums
als Protokoll

allen übrigen Kreistagsmitgliedern
zur Kenntnisnahme

Auskunft erteilt: Marco Witthohn
Zimmer.: 235
Telefon: 04401 – 927 326
04401 – 927 0 (Zentrale)
Telefax: 04401 – 927 339
E-Mail: marco.witthohn@wesermarsch.de

Brake, den 11.11.2025

Protokoll zur öffentlichen Sitzung

Gremium		FinA/58/2025
Ausschuss für Finanzen, Personal, Gleichstellungsfragen		
Am	Sitzungsdauer	Ort
Donnerstag, 30.10.2025	16:00 bis 17:45 Uhr	Kreishaus, großer Sitzungssaal, Poggenburger Straße 15, 26919 Brake

Anwesend sind:

Stimmberechtigte Mitglieder

Siegmar Wollgam	Kreistagsmitglied (Vorsitz)
Heinz Doormann	Kreistagsmitglied
Reiner Gollenstede	Kreistagsmitglied, anwesend ab 16:20 Uhr (TOP 6)
Torben Hafeneger	Kreistagsmitglied
Christoph Hartz	in Vertr. d. Abg. Schinski
Dieter Kohlmann	in Vertr. d. Abg. Stellmann
Torsten Lange	in Vertr. d. Abg. Krippner
MdL Dr. h. c. Björn Thümler	Kreistagsmitglied
Thomas Wenzel	Kreistagsmitglied, anwesend ab 16:22 Uhr (TOP 6)
Erika Weubel	Kreistagsmitglied
Manfred Wolf	Kreistagsmitglied

von der Verwaltung

Sigrid Allmers
Kai Littmann
Maren Würger

Leiterin FD 20 - Finanzen
FD 91 (Büro des Landrats), Protokollführer
Leiterin Dez. 1

Gäste

Jürgen Janssen

Anwesend ab 16:15 Uhr (TOP 6)

Entschuldigt sind:

Stimmberechtigte Mitglieder

Leonard Krippner
Ursula Schinski
Daniel Stellmann

Kreistagsmitglied
Kreistagsmitglied
Kreistagsmitglied

Beratende Mitglieder

Albert Mumme

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- 3 Feststellung der Tagesordnung
- 4 Genehmigung des Protokolls über die vorhergegangene Sitzung
- 5 Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern
- 6 Haushaltssicherungskonzept (HSK) 2026
Vorlage: 2025/FD20/254
- 7 Verschiedenes

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung der Sitzung
---	-----------------------

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

2	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
---	--

Der Ausschussvorsitzende stellt fest, dass zur heutigen Sitzung ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

3	Feststellung der Tagesordnung
---	-------------------------------

Die Tagesordnung wird ohne Einwände festgestellt.

4	Genehmigung des Protokolls über die vorhergegangene Sitzung
---	---

Das Protokoll über die Sitzung vom 23.09.2025 wird in der vorliegenden Fassung einstimmig genehmigt.

5	Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern
---	--

Es liegen keine mündlichen oder schriftlichen Fragestellungen vor.

6	Haushaltssicherungskonzept (HSK) 2026 Vorlage: 2025/FD20/254
---	---

Frau Würger erläutert den Entwurf des Haushaltssicherungskonzeptes 2026 anhand der Beschlussvorlage.

Sie teilt mit, dass der derzeitige Haushaltsentwurf 2026 einen Fehlbetrag i. H. v. 23,2 Mio. EUR ausweist. Demnach besteht die Pflicht zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes.

Frau Würger blickt zunächst auf das Haushaltssicherungskonzept für das Jahr 2025 und dessen Umsetzung.

Sie erläutert die Ursachen des Haushaltsdefizites und geht dabei auf die jährlich steigenden Sozialaufwendungen und die deutlich geringeren Schlüsselzuweisungen des Landes aufgrund der Gesetzesänderung des Niedersächsischen Finanzausgleichsgesetzes (NFAG) zum 01.01.2026 ein. Am Beispiel der Stadt Nordenham beschreibt Frau Würger, wie sich Sondereffekte der Gewerbesteuerkraft bei der Kreisumlage auswirken können.

Herr Thümler geht auf die gesetzlichen Änderungen und die Auswirkungen bei einer etwaigen Erhöhung der Kreisumlage ein.

Frau Würger gibt zu bedenken, dass das Land Niedersachsen ab 2026 zusätzlich 250 Mio. EUR für Kindertagesstätten ausgibt. Es ist davon auszugehen, dass ca. 2,0 bis 2,5 Mio. EUR auf die kreisangehörigen Städte und Gemeinden entfallen werden. Der Landkreis Wesermarsch bezuschusst die Kindertagesstätten mit 14,4 Mio. EUR jährlich. Auch dieser Umstand ist bei den Finanzbeziehungen zu berücksichtigen.

Herr Hartz strebt eine gemeinsame Lösung mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden an.

Frau Würger gibt eine Übersicht über die Sollfehlbeträge und Entwicklung der EWE-Dividende der vergangenen Haushaltsjahre. Demnach droht dem Landkreis Wesermarsch spätestens 2028 die Überschuldung.

Frau Würger erläutert die vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltssicherung und beantwortet Fragen.

Herr Gollenstede bezeichnet die skizzierten Haushaltssicherungsmaßnahmen als wesentliche Maßnahmen des Controllings. Er sieht den Einsparvorschlag i. H. v. 2,5 Mio. EUR eher als symbolisch an, der das grundsätzliche Problem nicht löse.

Herr Wollgam hinterfragt die Personalstelle zur Rückforderung von Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz. Frau Würger erläutert die Bestimmungen über die Anspruchsberechtigung und die geänderte Dauer der Zahlung bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres eines Kindes unter bestimmten Voraussetzungen. Sie unterstreicht den dauerhaften Bedarf dieser Stelle.

Herr Gollenstede gibt zu bedenken, dass sich bei den Leistungen der Eingliederungshilfe zum Jahr 2024 eine Steigerung i. H. v. 7,2 Mio. EUR ergeben hat und geht auf das Konnexitätsprinzip ein.

Frau Würger verweist auf die Sitzung vom Ausschuss für Finanzen, Personal, Gleichstellungsfragen am 23.09.2025 und die mit dem Protokoll versandte Übersicht der Transferaufwendungen.

Herr Thümler geht auf die Sozialgesetzgebung ein und fordert eine Föderalismusreform III vom Land Niedersachsen. Aus seiner Sicht müssen die Finanzgeflechte zwischen dem Bund, Länder und Kommunen neu geregelt werden.

Aus Sicht von Herrn Wolf sind das Kreisentwicklungskonzept und das Klimaschutzkonzept des Landkreises Wesermarsch nicht mehr finanzierbar.

Im NFAG sieht Herr Gollenstede den Landkreis Wesermarsch ungerecht berücksichtigt.

Frau Würger führt zum Haushalt 2026 aus, dass allein 14,8 Mio. EUR auf den Bereich Soziales entfallen und 53 Mio. EUR auf den Jugendbereich.

Herr Hartz fordert, dass der Landkreis Wesermarsch sich strategisch anders aufstellt.

Aus Sicht von Herrn Janssen reichen die bisherigen Vorschläge zur Haushaltssicherung nicht aus. Er möchte entsprechenden politischen Druck auf das Land Niedersachsen ausüben.

Herr Gollenstede sieht alle Landkreise in einer ähnlichen finanziellen Schieflage.

Herr Lange geht auf die dramatische Entwicklung der kommenden Haushaltsjahre ein.

Frau Würger unterstreicht dies und gibt zu bedenken, dass sich die meisten Ausgaben auf Pflichtaufgaben beziehen.

Herr Wolf sieht eine Aufgabenverlagerung vom Land Niedersachsen auf die Landkreise.

Herr Hafenenger geht davon aus, dass in den kommenden Jahren einschneidende Entscheidungen getroffen werden müssen.

Herr Hartz wünscht sich einen Schulterschluss mit anderen Landkreisen.

Herr Lange betont die Selbstbeschränkung des Landkreises Wesermarsch in den vergangenen Jahren und gibt die Sonderausschüttungen an die kreisangehörigen Kommunen zu bedenken.

Herr Gollenstede geht auf das Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) ein, wonach der Landkreis ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen hat, weil der Haushaltsausgleich nicht erreicht werden kann und eine drohende Überschuldung abgewendet

werden muss. Aus seiner Sicht ist nicht darstellbar, innerhalb welchen Zeitraumes der Haushaltsausgleich sowie die Beseitigung der drohenden Überschuldung erreicht werden kann.

Zum vorgelegten Entwurf des Haushaltssicherungskonzeptes bezieht Herr Kohlmann sich auf die vorgeschlagene Entnahme i. H. v. 1 Mio. EUR aus der Infrastrukturrücklage und Umwidmung der entnommenen Mittel. Aus seiner Sicht sollte die Rücklage weiterhin dem vorgesehenen Zweck dienen und nicht für eine Haushaltssicherung verwendet werden.

Frau Würger erläutert die seinerzeitige Bildung und den Zweck der bezeichneten Rücklage.

Herr Wollgam sieht die Mitglieder Kreistages aufgefordert, Vorschläge zum Haushaltssicherungskonzept zu unterbreiten.

Herr Wolf regt die Prüfung weiterer Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit an.

Frau Würger sichert eine Prüfung der Möglichkeiten weiterer Kooperationen und Verbünde zu. Sie gibt allerdings zu bedenken, dass mit der geplanten Anpassung der Heranziehung der Kommunen zu den Aufgaben nach SGB XII, AsylbLG und Wohngeldgesetz ein anderer Weg eingeschlagen wird.

Herr Hartz stellt den Antrag, eine fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe zu bilden mit dem Ziel, eine Strategie zur Begegnung der drohenden Überschuldung des Landkreises Wesermarsch zu entwickeln.

Der Fachausschuss empfiehlt bei 4 Jastimmen, 6 Neinstimmen und 1 Enthaltung, die vorgeschlagene Arbeitsgruppe nicht zu bilden.

Herr Janssen schlägt vor, Kontakt zu vergleichbaren Landkreisen aufzunehmen, um einen gemeinsamen Lösungsweg zu beschreiten.

Der Fachausschuss nimmt den Entwurf des Haushaltssicherungskonzeptes 2026 zur Kenntnis.

7	Verschiedenes
---	---------------

Herr Hartz hinterfragt zur Bundesstraße 212 (B 212) die Maßnahme zur Geschwindigkeitsbeschränkung im Bereich der Ortschaft Berne. Frau Würger erläutert diese und wird Herrn Hartz den Hinweis aus dem Verkehrsgutachten zur Verfügung stellen.

Wollgam
Ausschussvorsitz

Würger
Dezernentin

Littmann
Protokollführung